

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion: Walter-Rathenaustr. 50
Ermittlung Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

Hauptgeschäftsstelle und Redaktion: Kernerweg 57
Fernspre. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt)

Bonar Law bestätigt Frankreichs Mißerfolg.

Bonar Law über den „unheilvollen“ Schritt Frankreichs. — Er hofft immer noch auf eine Intervention.
Zurückziehung der englischen Truppen wäre das Ende der Entente.

Die englische Chronik.

London, 13. Febr. (Dr. H. H. H.). Der König verließ heute vor den beiden Häusern des Ober- und Unterhauses die Thronrede, die in ihren wesentlichen Teilen folgendes besagt:
Die Konferenz über die deutschen Entschädigungsschuldungen, die im ersten Teil des vergangenen Jahres in London abgehalten wurde, wurde in Paris im Januar dieses Jahres wieder aufgenommen. Meine Regierung, die eine vollständige Regelung der Entschädigungsfrage zu beschleunigen wünschte, hat den Regierungen der Verbündeten sehr beträchtliche Zugeständnisse an die Frage der Verbundschulden an England. Ich bedaure lebhaft, daß es nicht möglich war, zu einem allgemeinen Übereinkommen zu gelangen. Die französische und belgische Regierung führten infolge dieses Umstandes den Plan vor, dessen Durchführung sie in Aussicht genommen hatten, und die belgische Regierung billigte seine Annahme. Meine Regierung, die das Empfinden hatte, daß sie diese Operation nicht billigen und nicht an ihrer Realisierung zu denken glaubte, hat, bei dieser in einer Weise, daß zu den Schwierigkeiten um, deren Überwindung nicht noch weitere hinzutreten.
Im Laufe der letzten Monate machten die Vertreter meiner Regierung im Zusammenhange mit denen der Verbündeten in Lausanne ernste und gebührende Anstrengungen, um dem Kriegszustand ein Ende zu machen, der seit mehr als drei Jahren den nahen Osten verwüstet hat. Ich bedaure lebhaft, daß, ungeachtet des von den Verbündeten beabsichtigten Geistes der Verständigung und ungeachtet der ungeheuren Zugeständnisse, die zu machen sie bereit waren, der Friedensvertrag im Augenblick der Unterzeichnung von der türkischen Regierung abgelehnt worden ist. Ich bedaure lebhaft, daß, sobald die türkische Regierung ein genaues Bild über die geographischen Verhandlungen zugestanden hätte, diese noch die Gelegenheit gefunden hätte, den Vertrag anzunehmen, und daß die Geographen, die mit so großem Eifer und so vieler Mühe vorbereitet wurde, damit der Friede im Orient und die Verständigung des türkischen Staates für die ganze Zukunft gesichert wäre, noch ungenutzt vorübergehen sollten.
Ich begrüße mit besonderem Vergnügen die bevorstehende Regelung unter der Leitung der Verbündeten in den Verbündeten Staaten, eine Last, die die Entschädigung unserer Völker befreit, seinen Verpflichtungen gerecht zu werden.

Die Aussprache im Unterhause.

W. B. London, 13. Febr. (Dr. H. H. H.). Heute nachmittag 3 Uhr begann im Unterhause die Aussprache über die Thronrede. Der Unterstaatssekretär brachte die Thronrede ein und erklärte in seiner Rede, es habe niemals in der Geschichte Englands eine Zeit gegeben, wo die auswärtigen Angelegenheiten eine größere Rolle gespielt hätten als jetzt. Was die Reparation der französischen Verwundeten, so seien die Herzen der Engländer bei den Verbündeten. Die Wünsche Frankreichs, die nach ihrer Ansicht keinen Erfolg haben können. Die belgische, daß sie mit dieser Ansicht übereinstimmen. Der nächste Redner der Unionisten, Colingwood Hughes, erklärte, der freundschaftliche Geist der seit so vielen Jahren zwischen England und Frankreich vorhanden habe, müsse gefördert und dauernd gehalten werden. Alle hofften, daß eine Regelung der Schwierigkeiten in Europa durch ein Zusammenarbeiten der Engländer und Franzosen zustande gebracht werden würde.
Hierauf ergriff der Führer der Arbeiterpartei, Ramsay MacDonald, das Wort. Er bestritt die Thronrede mit inneren Fragen und sagte, die Arbeiter hofften, daß praktische Versuche zur Behandlung der Arbeitslosenfrage unternommen würden. Dann wandte er sich der europäischen Lage zu und sagte, nicht nur die Befreiung des Ruhrgebietes, sondern die gesamte Idee, die die Sieger bei der Formulierung ihrer Politik befehligen hätten den gegenwärtigen Zustand des politischen und wirtschaftlichen Chaos zuzustande gebracht. Alles, was getan worden sei, sei unmöglich gewesen. Zunächst seien unmögliche Entschädigungen gefordert worden, dann seien unmögliche Sanktionen angewandt worden, weiter eine vermehrte Sanktion, die die Fähigkeit des befreiten Landes, die ursprünglichen Entschädigungen zu zahlen, verhindert habe. Inzwischen werde durch Sanktionen der Entschädigungsbetrag vermehrt, und schließlich sei man auf der Politik der Restrukturierung eines unabhängigen Staates hinausgekommen und unbewußt in eine Politik des Imperialismus und der Intervention hineingekommen. Er sei wieder darauf, daß England Frankreich in allem unterstütze, noch, daß es sich Frankreich direkt widersetze. Die einzige Sicherheit, die eine kontinentale Nation von Frankreich haben würde, sei die Sicherheit, die ihr gegeben werde, wenn sie ein vollkommen berechtigtes Mitglied eines wirklichen Völkerbundes sei. Bezugnehmend auf die Lausanner Konferenz erklärte MacDonald, es wäre

besser gewesen, wenn man Rußland mehr in Rechnung gezogen hätte. Man werde dies tun müssen. (Beifall.) Die Konferenz werde schließlich dazu raten, Rußland anzuerkennen. Er hoffe, daß der Vertrag mit der Türkei unterzeichnet werde. Er bitte den ersten Minister um Auskunft, ob irgendeine Mitteilung zwischen der französischen und der englischen Regierung über die Stellung Englands im besetzten Rheinland erfolgt sei, und ob irgendeine zum Ausdruck gebracht worden sei, daß die Anwesenheit der Engländer am Rhein Gebiet dazu benutzt werden sollte, um Frankreich irgendwelche Vorteile zu verschaffen. Er fragte weiter, ob Verhandlungen eröffnet seien mit Bezug auf die Anwerbung britischer Arbeiter für die Ruhrkohlenbergwerke, die Ruhrschnellbahn oder irgendwelche Industrien, ob irgendeine Mitteilung übergeben sei, oder ob irgendeine Mitteilung übergeben sei, wie gut wie bindende Art darüber erfolgt sei, welches der wirtschaftliche Zweck Frankreichs bei der Befreiung des Ruhrgebietes war. Beabsichtige Frankreich diese Operationen auf den Empfang von Entschädigungen, oder sei es ein erster Schritt für die Proklamierung einer unabhängigen Rheinrepublik? Welches sei jetzt die Stellung Englands im Wiederherstellungsausschuß? Welche Verantwortung trage die Stellung des britischen Vertreters in der Rheinlandschaft? Werde er weiterhin aktiv und passiv die Verantwortung dafür tragen, was die Rheinlandschaft unter den Bedingungen der Verbündeten, die getrennt von England handelten, zu tun beginnen?

Hierauf ergriff Asquith das Wort. Er sagte die Thronrede sei keine sehr ermutigende Erklärung einer Aera parlamentarischer Ruhe. Er wolle sich nur auf die Ruhrfrage beschränken. Der Leiter der Thronrede, der sich auf die Politik der britischen Regierung in dieser Frage beziehe, sei ein Zustandnis der Unfähigkeit Europas, nach vier Jahren diplomatischen Scheiterns und einer Reihe internationaler Konferenzen, die Entschädigungsfrage zu liquidieren oder zu einer endgültigen Regelung zu gelangen. Die Entschädigungsfrage übersteige noch immer die Zivilisierte Welt. Es bestünde keine Aussicht auf eine Lösung. Deutschland die Entschädigungsleistungen allzu leicht zu machen. Man brauche nicht erst zu sein, daß Frankreich wegen seiner Sicherheit in der Zukunft besorgt sei, aber es gebe kaum einen schlechteren Weg, Sicherheit zu erhalten, als daß Frankreich an seiner Ehre vorbeigehe und möglicherweise für eine Reihe von Jahren ein zweites Elend vorbringen in Besitz nehme. Am besten wäre es, wenn die britische Regierung der französischen und der deutschen Regierung den Vorschlag mache, zu gestalten, daß die Frage in allen Teilen vom Völkerbund behandelt werde.

Die Erklärungen Bonar Laws.

Der erste Minister erklärte zur Befreiung des Ruhrgebietes, er sei davon überzeugt gewesen, daß Frankreich mit diesem Schritt etwas tun würde, was unheilvoll nicht nur für Deutschland, sondern für Frankreich selbst sein würde. Was auch geschehe, er sehe keine sichere Stelle in der Zukunft. Die französische Regierung sei auf ihren Plan verpflichtet und sei gebunden, ihn durchzuführen. England habe noch immer seine Truppen in Köln, aber er, Bonar Law, wisse nicht, ob es möglich sein würde, daß sie dort noch lange belassen würden. Die Frage sei noch nicht akut geworden, aber sie werde es vielleicht werden. Die französische oder die deutsche Regierung würde es vielleicht unmöglich für die britischen Truppen machen in Köln zu bleiben, aber das würde ein großes Unglück sein. Solange die Truppen im Rheinland belassen würden, habe England Führung mit der Lage, und obgleich man nicht jede Wendung vorausberechnen könne, würde es sehr befriedigend sein, wenn die Entente beendet würde, denn das würde es in weitem Maße (largely) bedeuten, wenn England seine Truppen zurückziehe. Bonar Law fügte hinzu, er hoffe noch, immer, daß irgend etwas geschehen werde, was England ermöglichen würde, mit Aussicht auf Erfolg zu intervenieren.

Bonar Law wies in seiner Rede noch u. a. darauf hin, daß die Zahl der Arbeitslosen um 25 v. H. gestiegen sei, und daß die Lage des Handels sich verschlechterte. Zur Orientierung bemerkt der erste Minister, niemand in England wünische einen Krieg. Er hoffe bestimmt und glaube fest, daß es keine Kriegsglocke gebe. Die Türken sollten sich aber nicht zu sehr auf die britische Kriegsmacht verlassen. Zur Entschädigungsfrage sagte Bonar Law noch, Großbritannien habe vorgeschlagen, daß Deutschland 200 Millionen Pfund

sterling bezahle, und Frankreich sei bereit gewesen, auf dieser Grundlage zu verhandeln. Die beiden Bedingungen, die Poincaré gestellt habe, hätten indessen ein Uebereinkommen unmöglich gemacht. England habe sich nicht dagegen gewandt, daß ein Druck auf Deutschland angewandt werden solle, sondern dagegen, daß ein bestimmter Druck ausgeübt werde, um unerfüllbare Bedingungen zu erfüllen. Einer der Gründe der französischen Ablehnung des britischen Vorschlags sei gewesen, daß die Franzosen die Ansicht vertraten, Deutschland würde imstande sein, in 15 oder 20 Jahren die gesamte Summe von 2500 Millionen abzugeben und werde dann in einer ebenso starken Stellung sein wie früher. Er glaube, daß das französische Gefühl der Unsicherheit der Ablehnung des britischen Entschädigungsvorschlags zugrunde lag. Die Franzosen wollten keine Entschädigungen haben, aber sie wollten nicht, daß Deutschland stark genug sei, solche zu zahlen. Die französische Meinung wolle sich mit der Lage nicht abfinden, bevor ein Versuch mit der Befreiung des Ruhrgebietes gemacht wurde. Jetzt habe sie es versucht. „Ich habe gehofft, wir würden in die Lage kommen, den Wiederaufbau Europas Seite an Seite mit Frankreich durchzuführen. Wir waren der Ansicht, daß der französische Schritt gefährlich und verhängnisvoll für das Wirtschaftsleben Europas sein werde. Die Ereignisse haben das bestätigt. Das, was ich befürchtet hatte, ist geschehen, und es ist noch kein Ende abzusehen. Die Ruhr ist die Hauptschlachader des europäischen industriellen Lebens, und Frankreich hat sich selbst größeren Schaden zugefügt, als anderen.“

Aus den Reden, die gestern im englischen Unterhause über die politische Lage gehalten worden sind, kann man noch nicht entnehmen, was England eigentlich in Zukunft beabsichtigt. Gewiß ist die Form in der sich Bonar Law mit Frankreich auseinandersetzt, sehr höflich und vorsichtig. Alle Redner haben starke Ausdrücke vermieden. Auch der Arbeiterführer MacDonald wollte Frankreich zwar nicht unterstützen, sich ihm aber auch nicht direkt widersetzen. Trotzdem ist das Leitmotiv aller Erklärungen doch das, daß England gegen die Ruhraktion ist, und daß England daran denkt, eines Tages durch eine Aktion, etwa die Abberufung der englischen Truppen aus Köln, dies vor aller Welt zu dokumentieren. Und zwar würde dies das Ende der Entente bedeuten. In ganz deutlicher Form wird auch die Möglichkeit einer englischen Intervention in Aussicht gestellt. Das ist eine bemerkenswerte Entscheidung. Sprache, die in Frankreich — wo man mit einiger Unruhe auf die Eröffnung des englischen Parlamentes wartete — ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Unter den gegenwärtigen Umständen ist es aber sehr unwahrscheinlich, daß der französische Ministerpräsident sich durch einen Abzug der Engländer bewegen lassen wird, den nun einmal eingeschlagenen Weg zu verlassen. Frankreich hat sich selbstgefahren und stürzte einen Preisverlust. Es würde sich daher genau so verhalten wie bei dem Abzug der Amerikaner, ohne daß zunächst greifbare Vorteile für Deutschland daraus herausgingen würden.

Es entspricht der Stimmung des deutschen Volkes, wenn zu der durch die englischen Unterhausdebatten gekennzeichneten Lage der „Vorwärts“ heute schreibt: „Lange des deutschen Volkes ist es, durch Fortsetzung des passiven Widerstandes die Thesen Bonar Laws zu erhärten, daß die Ruhrinvasion für Frankreich ein Unheil ist, zugleich aber eine Atmosphäre zu schaffen, die das Eingreifen Englands zum Zwecke einer Vermittlung ermöglicht. Der französische Finanzminister hat gestern in der Kammer einen Gegenentwurf über die Ausgabe einer Anleihe von 13 Milliarden vorgelegt, durch die die Staatsbedürfnisse für 1923 zu sichern sind. Da Frankreich Deutschland stets abschießende Staatsverwendung vorwirft, so muß festgestellt werden, daß der neue und ungedeckte Kreditanspruch des französischen Staates allein einer Summe von 22 Millionen Papiermark entspricht. Der französische Steuerzahler dürfte also auch einig Interesse an der Beendigung der teuren Ruhraktion haben.“

Im Oberhause.

GA London, 14. Febr. (Eig. Draht.). Im Oberhause erklärte Lord Grey, die englische Isolation sei für England nicht nützlich. Die Haltung, die Frankreich angenommen habe, sei nicht nur verfehlt, sie würde auch zu einem Unheil führen; aber das sei kein Grund, mit gekreuzten Armen vor dieser Aktion stehen zu bleiben und sich in ein mythisches Schweigen zu hüllen. Die einzige Lösung der Reparationsfrage liegt nach der Meinung Lord Greys in einer schiedsrichterlichen Tätigkeit des Völkerbundes. Lord Grey antwortete, daß im Augenblick jede englische Intervention in dem deutsch-französischen Konflikt nur zu einem Mißerfolg führen könnte.

Der Eindruck in Paris.

GA Paris, 14. Febr. (Eig. Draht.). Die Rede Bonar Laws hat in Paris tiefen Eindruck gemacht. Die meisten Blätter halten ihr Urteil noch zurück und beschränken sich darauf, die Erklärungen des englischen Premierministers in ausführlichen Meldungen wiederzugeben. Es ist sicher kein Zufall, daß die Rede Bonar Laws im „Echo national“, dem Organ Lardieus, mit besonderer großer Aufmerksamkeit veröffentlicht wird. Der „Petit Parisien“ bemerkt zu der Rede, es sei klar, daß England den geeigneten Augenblick für eine Vermittlung abwartet. Man müsse nur fragen, welche Art von Vermittlung denkbar sei in einem Kampf, der von Deutschland selbst als ein Kampf auf Leben und Tod bezeichnet worden sei.

Auch die „Libre Parole“ meint, Englands abwartende Haltung sei so zu erklären, daß es im Falle des Erfolges der Ruhraktion am Gewinn teilnehmen und im Falle eines Mißerfolges den Schicksalstrahl zwischen Frankreich und Deutschland spielen wolle. Poincaré werde das französische Volk einer Enttäuschung preisgeben, wenn er daran festhalte, daß Frankreich mit den Verbündeten vereinigt bleiben müsse.

Zunehmende Lernerung in Frankreich.

GA Paris, 14. Febr. (Dr. H. H. H.). Als Folge der Entwertung des Francs macht sich in Frankreich ein beträchtliches Ansehen der Freie bemerkbar. Der Großhandelsindex der amtlichen Statistik ist von 418,4 Ende Dezember auf 417,3 Ende Januar gesunken. Ganz besonders werden von dem Steigen der Preise die Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs betroffen. Der amtliche Index für Rohstoffe, der im Oktober 1922 noch auf 362 gestanden hatte, weist seitdem folgende Bewegung auf: November 385, Dezember 430, Januar 463,4. Für Zeitwaren beträgt die Erhöhung gegen den Jahre 1914 624 Prozent gegenüber 553 Prozent im Vormonat, wobei zu bemerken ist, daß die Kleinhandelspreise noch erheblich höhere Steigerungen gegenüber der Vorperiode aufzuweisen haben.

Der französische Druck.

GA Paris, 14. Febr. (Eig. Draht.). Zu Zeitartikeln führt „Journée Industrielle“ aus, die Aktion im Ruhrgebiet sei im Begriff, einen neuen Charakter anzunehmen. Man verzichte auf die direkte Ausbeutung der Pfänder (1), um seine Erziehung mehr und mehr als Druck auf den wirtschaftlichen und politischen Körper des Deutschen Reiches zu benutzen. (Die Ausbeutung der Pfänder sollte ursprünglich angeblich die Hauptsache sein.) Es sei klar, daß die französisch-belgischen Maßnahmen, selbst wenn sie keine Beiträge ergeben sollten, im Augenblick nur den Eindruck, nämlich die Ausübung eines Druckes auf Deutschland bedeuten. Die bevorstehenden Verhandlungen über die Reparationsfrage und den einheitlichen Oberbefehl würden nach dem Blatte auch der Zustimmung Italiens und Englands unterbreitet werden.

Die „Victoire“ erneuert die Drohung mit der Gründung einer unabhängigen rheinischen Republik, die für das von England und Amerika im Stich gelassene Frankreich als gefährliche Bedrohung der Reichsanfänger der gegebene Ausdruck sei. Die gleiche Drohung wird in einem Artikel des „Petit Parisien“ ausgesprochen. Der Artikel schließt mit den Worten: „Nicht das Ergebnis, das der Reichsanfänger erreicht.“

GA Paris, 14. Febr. (Eig. Draht.). Der Düsselborser Berichterstatter des „Petit Journal“ führt aus: Nach den ersten beiden Stadien der französischen Aktion, des Einmarsches ins Ruhrgebiet, um die deutsche Regierung zur Kapitulation zu zwingen und Versuche der Ausbeutung, beantragte man sich jetzt mit Entfaltung und Modifikation. Die Ausfuhr sei vollständig gesperrt. Nun komme es noch darauf an, auch die Einfuhr vollständig zu verhindern. Man wolle neben dem Druck auf das unbesetzte Deutschland den Widerstand der Ruhrindustriellen brechen. Da sie es ablehnten, mit den Franzosen zusammenzuarbeiten, sollten ihre Hörsen gelöst werden, und man werde diese Tat fortsetzen, bis die Industriellen Gnade erbitten. Zu diesem Zwecke müsse man auch die Erzeinfuhr verhindern. Die Erzeinfuhr der größten Unternehmen reichten nur etwa acht Tage.

Militärische Eisenbahninspektionen ohne Erfolg.

WTE Bonn, 13. Febr. (Dr. H. H. H.). Die Franzosen verfahren, nach Mitteilungen von zuverlässiger Stelle an verschiedenen Hauptbahnhofsstationen des deutschen Reichs militärische Eisenbahninspektionen einzusetzen. Die ersten Versuche in dieser Hinsicht sind in Bonn unternommen worden, haben aber bisher nur ein negatives Ergebnis erzielt.

galtiges Resultat erzielt. Auch die Einrichtung von militärischen Anstalten in Aachen, Koblenz, Trier, Mainz und Ludwigshafen haben die Franzosen infolge der ständigen Weigerung der Offiziere nicht durchführen können.

Die Telephonleitungen durchgeschnitten.
WTB Aachen, 13. Febr. (Drab.) Die Belgier sind heute dabei, sämtliche oberirdischen Telephonleitungen zu durchschneiden, so daß Aachen von jedem Verkehr abgeschnitten ist. Gegen 4 Uhr waren bereits die Verbindungen nach Holland und Düsseldorf unterbrochen.

Alle Eisenerzeugnisse angehalten.
TU Münster, 14. Febr. (Drab.) Seit gestern werden auf den Kontrollstellen alle Sendungen mit Eisenerzeugnissen angehalten.

278 Ausweisungen im altbekannten Gebiet.
WTB Koblenz, 13. Febr. (Drab.) Die Zahl der bisher im altbekannten Gebiet unter Aufsicht des militärischen Befehlshabers von Trier und Trierburg ausgewiesenen Personen beträgt 278.

86 Zeitungen verboten.
WTB Koblenz, 13. Febr. (Drab.) Die Rheinlandschaftsmilitärkommission hat am 13. Januar die zum heutigen Tage im altbekannten Gebiet unter Aufsicht des militärischen Befehlshabers von Trier und Trierburg ausgewiesenen Personen beträgt 278. 86 Zeitungen für die Dauer von drei Tagen bis zu drei Monaten verboten. Nicht eingeschlossen sind in diese Zahl Zeitungen, die zum zweiten und dritten Male während dieses Zeitraumes verboten waren. Die Verbote sind durchwegs erfolgt wegen Verletzung von Pressegesetzen oder wegen der Weigerung der Redaktionen, Artikel der Rheinlandschaftsmilitärkommission auszusprechen, die die deutschen Beamten betreffen. Darüber hinaus haben die Rheinlandschaftsmilitärkommission und ihre Delegierten in den vier Wochen seit Beginn der Militäraktion im besetzten Gebiet 86 Zeitungen für die Dauer von drei Tagen bis drei Monaten verboten.

Ein Redakteur gefesselt abgeführt.
WTB Aachen, 13. Febr. (Drab.) Der verantwortliche Redakteur der sozialdemokratischen „Freien Presse“, Ernst Gahler, wurde heute mittag verhaftet und gefesselt abgeführt und sofort in ein Gefängnis eingeworfen. Seine Familie wurde ebenfalls ausgewiesen und ist eine Frist von drei Tagen gestellt.

Sühneforderung für Gelsenkirchen.

WTB Gelsenkirchen, 13. Febr. (Drab.) In einer außerordentlichen Stadtsitzung teilte der diensttätige Beigeordnete, Raurat Arendt, mit, daß der französische Major heute vormittag von der Stadt die Zahlung von hundert Millionen Mark bis morgen mittag forderte als Sühne für den Zwischenfall mit den beiden Gendarmereioffizieren. Dieses wurde von der Stadt abgelehnt. Die Stadtsitzung wurde von der Stadt abgelehnt. Die Stadtsitzung wurde von der Stadt abgelehnt.

WTB Gelsenkirchen, 13. Febr. (Drab.) Heute nachmittag wurden Oberbürgermeister Welsch, Bürgermeister Antoni und Polizeipräsident Stiller unter großem Ausgebot von Truppen mit Tanks verhaftet. Außerdem wurde der Major der Schutzpolizei, Pinnow verhaftet. Den Vorsteher der Reichsanstalt, Juri, ereilte dasselbe Schicksal. Gegen 4 Uhr nachmittags ist dann die gesamte französische Besatzung wieder aus Gelsenkirchen abgerückt. Ueber das Schicksal der verhafteten abgeführten Polizeibeamten ist immer noch nicht das mindeste bekannt.

WTB Gelsenkirchen, 13. Febr. (Drab.) Heute morgen rücken starke Teile von belgischen Gendarmen, Artillerie und Tanks, von Reddinghausen kommend, in die Stadt Gelsenkirchen ein. Die Hauptwache und das Polizeipräsidium wurden unter Anwendung von Gewalt entwirrt. Die Schutzbeamten wurden abgeführt, sie wurden unterwies blutig geschlagen und mußten in Paradeordnung treten. Es wurde alles getan, um sie so viel als möglich zu entehren. Man nimmt an, daß die Befehle auf Grund der gestrigen Zwischenfälle erfolgt ist.

TU Gelsenkirchen, 14. Febr. Bis jetzt sind der Kommandant der Schutzpolizei und 35 Polizeibeamte verhaftet worden.

Die Ladeplünderungen beginnen.
Gelsenkirchen, 14. Febr. (Drab.) Die Franzosen nehmen nach dem Inkrafttreten der Verlehrsperre aus den Läden, was ihnen beliebt. Gestern erschien ein französischer Zivilist in einer Wuchan-Luna und holte sich, als er von dem Verkäufer abgewiesen wurde, sofort einige Soldaten zur Unterstützung herbei. Darauf nahm der Franzose eine Reihe von Wuchern aus den Regalen heraus, warf 200 Mark auf den Tisch und verschwand. Der Verkäufer entwendeten Wucher beläuft sich auf 30.000 Mark. In einem Deliktgeschäft nahmen französische Soldaten die verbleibenden Waren fort, ohne auch nur einen Pfennig zu bezahlen.

Erklärung eines Postamtes.
TU Gelsenkirchen, 14. Febr. (Drab.) Gestern umhüllte ein französischer Offizier mit 24 Soldaten das Postamt. Als dem Postamt, zu öffnen, nicht entprochen wurde, schossen die Soldaten auf das Postamt. Die Offiziere schlugen die Postbeamten ein. Die Soldaten drangen in die innere Räume und rissen die Posten, deren Posten man, ging war, auf die Straße.

Raub von Kisten.
WTB Aachen, 13. Febr. (Drab.) In dem Bezirk der Reichsbahnstation Aachen a. M. haben die Franzosen gestern in vierzehn Waggons und den Postwagen eines Personenzuges untersucht und sämtliche Kisten weggenommen. Im Bezirk Ludwigshafen ist seit gestern nachmittag jeder Güterverkehr auf den Bahnen und Straßen nach dem unbesetzten Gebiet gestoppt. Der Bahnhofsvorsteher Wülfert und der Stationschef des örtlichen Betriebsamtes Wülfert, beide aus Trier, sowie der Vorstand der Betriebsinspektion 11 in Ludwigshafen, Küssel, wurden wegen angeblichen Verstoßes gegen die Verordnung 140 ausgewiesen. Der Bezirk Trier versuchten die Franzosen noch immer, einen kleinen Militärbezirk einzurichten. Dieser allerdings mit wenig Erfolg.

Zuspitzung der Lage in Offen.
Offen, 14. Febr. (Drab.) Die Lage in Offen ist sich infolge der Weigerung der Gastwirte und der Kaufleute, an Angehörige der Besatzungsarmee zu verkaufen, immer mehr zu zuspitzen. Der Divisionsgeneral hat gestern an den Oberbürgermeister von Offen ein Schreiben geschickt, in welchem er mitteilt, daß Kasse, in denen Angehörige der Besatzungsarmee und -Truppen nicht bedient werden, notwendig mit Gewalt geräumt werden. Gestern, deren Inhaber sich weigerten, an belgische und französische Militär- und Zivilpersonen Waren abzugeben, wurden geschlossen. In dem Hotel Kaiserhof, in dem die Ingenieurkommission ihren Sitz hat, ist gestern vormittag die Lichtzufuhr unterbrochen worden. Die Franzosen haben darauf mit der Abschneidung der Stromzufuhr an die ganze Stadt gedroht, wenn das elektrische Licht im Kaiserhof bis 6 Uhr abends nicht wieder funktioniert. Um 6 Uhr abends hatte der Kaiserhof noch kein Licht, und die Ingenieure mußten sich mit Stearinlampen begnügen. Ein Truppenkommando, das in den häßlichen Gefängniszellen die Abschneidung der Stromzufuhr durchführte, mußte unterdrückte Dinge wieder abgeben, da es verärgerte Türen vorfand.

Die gefährdete Milchversorgung.
WTB Offen, 13. Febr. (Drab.) Durch die Verlehrsperren ist die Milchversorgung in Offen stark gefährdet. Die tägliche Milchlieferung beträgt 8800 bis 7000 Liter gegenwärtig 35.000 Liter in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Kinder bis zu zwei Jahren können täglich nur ein Viertel Liter Milch erhalten. Zahlreiche Kinder bekommen täglich nur Juckwasser.

Truppenwache in einer Zeitung.
Offen, 13. Febr. Heute mittag erschien im Verlagsgedäude der Rheinisch-Westfälischen Zeitung in Offen unter Führung von drei französischen Offizieren eine starke Truppenabteilung. Zwei Offiziere zeigten mit, daß das Blatt auf vierzig Tage verboten sei und daß während dieser Zeit eine französische Truppenwache im Gebäude verbleiben werde. Vor dem Gebäude ist ein Zettelkasten aufgezogen.

Die Jagd auf Autos.
WTB Offen, 14. Febr. (Drab.) Von der Besatzungsarmee sind an den Ansohnungen innerhalb der Stadt Offen und in den Außenbezirken französische Posten aufgestellt worden, die sämtliche Fahrzeuge und Kraftwagen beschlagnahmen. In unmittelbarer Nähe der französischen Posten halten sich Kriminalbeamte der Besatzungsarmee auf.

Angehalten.
GA Paris, 13. Febr. (Eig. Drab.) Dem „Matin“ wird aus Trier gemeldet, daß die französischen Truppen in Trier in der verlassenen Stadt ein Auto beschlagnahmt haben, in dem acht Personen von dem rechten Beinarmel saßen, die eine Summe von 200 Millionen Mark für die freiziehenden Eisenbahnarbeiter mit sich führten.

Die Sprechenszenen in Reddinghausen.

Der Protest des Regierungspräsidenten.
Angesichts des gemeldeten brutalen Vorgehens der Franzosen in Reddinghausen hat der dortige Regierungspräsident Dr. Haslind in den französischen Oberbefehlshaber für die deutsche Verwaltung, General Denbigne in Düsseldorf, unter dem 12. Februar folgendes Schreiben gerichtet:
„Nachdem ich bereits unter dem 1. Februar Protest habe erheben müssen gegen die rechtswidrigen und die Ernährung der Bevölkerung gefährdenden Eingriffe in die Lebensmittelbestände der Stadt Reddinghausen, habe ich heute Ihre Aufmerksamkeit mit größtem Ernst und Nachdruck erneut auf das Vorgehen des General Laignelot in dieser Stadt zu lenken. Nachdem der Oberbürgermeister Hamm am 2. Januar, der Polizeipräsident Dr. Liesner am 6. Februar und wenige Stunden nach ihm sein Vertreter, Regierungsrat Kreschmar, ausgewiesen waren, nachdem ferner die Schutzpolizei durch häufige Eingriffe französischer Militär- und Zivilpersonen selbst während des Streikdienstes und zahlreiche Ausweisungen in ihrer Tätigkeit lahmgelegt war, hat die durch das Verhalten der Besatzungstruppen bis zur höchsten Erbitterung gesteigerte Erregung der Bevölkerung am 7. Februar in den Ansammlungen auf dem Marktplatz sich ausgedrückt.“

Die zahllosen Übergriffe französischer Offiziere und Soldaten.
Die umfangreichen Plünderungen, die rücksichtslos in zahlreichen Fällen mit vorgeschaltetem Revolver getätigt wurden, der Verkauf von Lebensmitteln und Gegenständen gegen alle Art, der schließliche Verkauf der freien Willigen Schließung sämtlicher Geschäfte und andererseits zur Verhaftung zweier Ladeninhaber geführt hat, die rechtswidrige Verhaftung und Festhaltung des Schriftleiters der „Reddinghauser Allgemeinen Zeitung“, Fischer, und die häufigen Eingriffe in die Freiheit der örtlichen Presse und die dann folgende endgültige Unterdrückung, die sich häufigen, oft bis zur Brutalität gesteigert.

Die Mißhandlungen mehrerer Bürger und Beamter mit Gewehrstoßen, Keitpistolen und Gummiknüppeln, die wiederholten unstilligen Überfälle auf deutsche Frauen lassen diese Erregung nur allzu berechtigt erscheinen, die am Nachmittag des 7. Februar ihren ebenso entschlossenen wie durchaus geschnittenen Ausdruck in dem einmütigen Beschluß der sämtlichen Verbände der Arbeiterkassen, der Gewerbetreibenden und Beamten fand, am Morgen des 8. Februar in einen

Ständigen Protest.
Trotz dieser allgemeinen gewaltigen Erregung trugen die Ansammlungen einen durchaus friedlichen Charakter und beschränkten sich unter Vermeidung jeder Gewalttätigkeit auf patriotische Kundgebungen und das Abgeben deutscher Lieder. Gegen diese Ansammlungen, die ein in der Reichsverfassung verankertes Grundrecht jedes Deutschen bilden, ist der General Laignelot in einer Art und Weise vorgegangen, die alles Bisherige überbietet. Die Menge wurde durch französische Truppen in brutaler Weise auseinandergetrieben und die Straße in gleicher Weise gesäubert. Mit Pistolen und Stöckchen wurden die Menschen mißhandelt, durch Schreie in die Flucht gejagt, Frauen und Greise, die sich nicht rasch genug retten konnten, mit Peitschen vertrieben, Wirtschaften mit Keitpistolen geäußert.

das Tankgeschwader
wurde aufgerufen. Die Tanks durchfuhren die Straßen und Plätze kreuz und quer, ließen über die Bürgersteige und setzten das Leben der Passanten in Gefahr. Damit nicht genug, drangen am 10. Uhr abends französische Offiziere mit Keitpistolen in das Theater ein, wo ein gänzlich neutrales Stück, „König Lear“, gegeben wurde, und räumten das Theater in brutaler Weise, daß viele Zuschauer unter Peitschenhieben und unter Zurücklassung ihrer Garderobe flüchten mußten; drei Viertel der Zuschauer waren Frauen. Im Laufe des 8. Februar wurde dieses Schreckensregiment fortgesetzt. Erneut durchfuhren Tanks die Straßen, obwohl völlige Ruhe herrschte.

Kavalleriepatrouillen jagten durch die Straßen
und trieben die Passanten mit Stöckchen in die Häuser. In den Mittagsstunden erließ General Laignelot einen Befehl, daß alle Vergnügungs- und Schankstätten, Theater, Kinos, Cafés und Restaurants zu schließen seien, und daß die Kaufleute, die den Verkauf von anderen Sachen als Lebensmitteln zum persönlichen Bedarf an die Truppen verweigern, vor das Militärgericht gestellt würden. Es scheint danach, daß der General Laignelot den systematischen Versuch unternommen hat,

die Bevölkerung durch brutale Gewalt zu Boden zu zwingen,
wie er dann in der Tat in einer ähnlichen Vorgehensweise mit dem Bürgermeister Niemeyer erklärt hat, er werde so weit gehen, daß die Bevölkerung ihm noch zu Füßen liege. Nachdem er sie ihrer Führer beraubt hat, indem er den Oberbürgermeister, den Polizeipräsidenten und dessen Vertreter ausgewiesen und sämtliche Zeitungen mit einer Ausnahme bis heute verboten hat, heißt es, sie durch ein Schreckensregiment mühe zu machen. Den Erfolg dieses Unternehmens wird zwar die Regierung mit aller Zurecht erwarten können, die Mißhandlung mehrerer Bürger durch bewaffnete Soldaten, die Verhinderung der Frauenkassen, das Ausgebot von Tanks in einer friedlich-mehrheitlichen Stadt — all dieses kann in der Bevölkerung nur den entschlossenen Widerstand steigern, das Gefühl der sittlichen Ueberlegenheit gegenüber ihren Bedrückern stärken und Volk und Regierung immer enger zusammen zu ziehen.

Der Erfolg dieses Unternehmens wird zwar die Regierung mit aller Zurecht erwarten können, die Mißhandlung mehrerer Bürger durch bewaffnete Soldaten, die Verhinderung der Frauenkassen, das Ausgebot von Tanks in einer friedlich-mehrheitlichen Stadt — all dieses kann in der Bevölkerung nur den entschlossenen Widerstand steigern, das Gefühl der sittlichen Ueberlegenheit gegenüber ihren Bedrückern stärken und Volk und Regierung immer enger zusammen zu ziehen.

Versuche Enttarnung der Schutzpolizei.
WTB Reddinghausen, 13. Febr. (Drab.) Gestern nachmittag gegen 5 Uhr fuhren vor dem Gebäude der Schutzpolizei drei französische Automobile mit etwa 50 Soldaten vor und forderten die Herausgabe sämtlicher Waffen. Nach Verhandlungen mit dem Führer der Schutzpolizei begnügten sich die Franzosen mit der Wiltnahme der Karabiner mit Munition. Die Pistolen wurden der Polizei belassen.

Die Verkehrslage auf der Eisenbahn.

Bemerkenswerte Einzelheiten.
Die Schnellzüge D 13 und D 14 Berlin-Rhein werden mit sofortiger Gültigkeit über Hamm-Hagen-Elsfeld und umgekehrt nach folgendem Fahrplan geleitet: D-Zug 13 2.10 in Hauptbahnhof ab, 10.48 vormittags Westfälische Art, Chliss ab 11.24 Uhr, Bochum 12.45 Uhr, Elfeld 1.00 Uhr, Hamm Hauptbahnhof 1.09 Uhr, Hamm 1.47 Uhr, Hamm 2.21 Uhr, Hamm 2.50 Uhr und weiter nach dem bisherigen Plan. Der Schnellzug D 14 von Berlin bis Hamm nach dem bisherigen Plan, von Hamm ab 8.40 abends, Hamm 9.00, Hamm 9.40 Uhr, Hamm Hauptbahnhof 10.14 Uhr, Elfeld 10.36 Uhr, Chliss 9.55, Rhein Hauptbahnhof an 10.27 Uhr.

Stellen keine Lebensmittel aus dem unbesetzten Gebiet herausgelassen.
In Elfeld traf daher keine Milch aus der Gegend von Rheinfeld ein. Gestern nachmittag wurden die Personen- und Schnellzüge Hamm-Hagen auf der Strecke bei Bahnhof Hengstfeld festgehalten und revidiert. Die ersten Züge, die von der neuen Maßnahme nicht unterrichtet waren und das Haltesignal der Franzosen daher nicht beachteten, wurden beschossen. Sämtliche Lebensmittel wurden seither dort revidiert. Güterzüge werden über die Personenstationen, über die sie bisher verkehrten, nicht mehr durchgelassen. Es wird nur zugelassen, den Personenzug bis zu drei Lebensmittelwagen auszuhängen. Der Güterverkehr nach Hamm und Elfeld ist dadurch weiter erschwert, und die schon fast belasteten Rheinfelder bei Bahnhof Elfeld weiter belastet.

Auf den militärisierten Strecken
der Verkehr nur schwach. So verkehren auf der Strecke Bielefeld-Münster-Glabbe fünf Personenzüge, darunter einige mit beladenen Zügen. Ferner wurden vier Kohlenzüge mit durchschnittlich dreißig Wagen beschossen.

Auf der Strecke Aachen-Trier
verkehren in jeder Richtung fünf D-Züge, jedoch sehr unregelmäßig; auf der Strecke Trier-Hagen ein Personenzug und ein Güterzug, in der Richtung Trier zwei Personenzüge. Es wird bei dieser Gelegenheit wiederholt dringend darauf verwiesen, von den Franzosen gefahrte Züge zu benutzen.

Der Unternehmer Mohr hat sich
hergegeben, ein auf der Elfeld-Elfeld-Stationen Wert zur Versorgung der Lokomotiven mit Speisewasser auf Verlangen der Franzosen imstande zu setzen.

Der Verkehr von und nach Holland
geht sehr glatt. Die Einfuhr englischer Kohle hält in gleicher Stärke an.

60 Kohlenzüge ins unbesetzte Gebiet.
WTB Köln, 13. Febr. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist es den deutschen Eisenbahnern gelungen, in den letzten acht Tagen, von dem 6. Februar ab, noch 60 Kohlenzüge ins unbesetzte Gebiet zu lassen. Die Franzosen sind bisher nicht in der Lage gewesen, Kohlenzüge in größerem Umfang aus dem besetzten Gebiet nach Frankreich und Belgien zu lassen. Seit zwei Tagen verlaufen sie, auf der Strecke Jülich-Trier einen großen Kohlenzug abzuführen. Bisher sind ihre Bemühungen mit Hilfe dreier Lokomotiven, von denen einer die Züge der Strecke Trier-Jülich fuhr, gescheitert. Infolge der starken Steigung der Strecke dürfte es für den Kohlentransport überhaupt ausfallen, da auch in dieser Zeit in Folge der Steigungsschwierigkeit von dieser Strecke Güter- und Kohlenzüge nicht transportiert wurden.

TU Gelsenkirchen, 14. Febr. (Drab.)
Die Blockade der Güterzüge nimmt wohl an Schärfe als an Ausdehnung immer mehr zu. Die Franzosen unterhalten auf den Bahnen auf Stützpunkt. Der Verkehr wird durch die Kontrollausübung gestört, so daß oftmals mehrstündige Verspätungen von Zügen kaum zu vermeiden sind. Seit gestern kontrollierten die Franzosen die Personenzüge auf Witten; die einzelnen Abteile werden in dieser Hinsicht häufig untersucht.

Deutsche Entschlossenheit.
WTB London, 13. Febr. (Drab.) Der Zerberichterhalter der „Daily News“ in Düsseldorf stellt eine plötzliche Verstärkung der deutschen Entschlossenheit fest. Dr. Bismarck vom Stahlarbeiterverband erklärte dem Richterhalter: „Kein Arbeiter wird um eine Strafe geworfen werden. Solange eine einzige Warte vorhanden ist, werden sie nicht Hunger leiden. Wir werden irgendwie Arbeit für sie finden. Es steht zu viel auf dem Spiele. Das die Arbeiter selbst antritt, sie haben sie jetzt hinter der Regierung und sind unbedingt entschlossen, bis zum Ende auszuhalten.“

Die englische Kohleneinfuhr.
GA Paris, 14. Febr. (Eig. Drab.) Der „Temps“ meldet aus London, daß den Statistiken des Board of Trade zufolge England im Laufe des Monats Januar 521.000 Tonnen Kohlen aus Deutschland ausgeführt hat gegen 147.000 Tonnen Kohlen im Januar des Vorjahres.

Der Reichspräsident in Süddeutschland.

Der Reichspräsident und die Reichsminister Dezer und Albert haben von
Koblenz aus ihre Weiterreise über Mannheim nach Trier fortgesetzt. In Mannheim empfingen sie eine größere, aus Mitgliedern der Bevölkerung bestehende Abordnung aus der Reichspräsidenten begrüßte namens der bayerischen Regierung und des bayerischen Volkes der Reichspräsidenten und gab unter lebhaften Worten des Protestes gegen die französische Gewalttätigkeit ein entschlossenes Zeugnis des bayerischen Volkes zum Ausdruck. Der Reichspräsident überreichte mit der Verankerung der Treue um Trier.

In Trierstadt nahmen die Herren
Staatsministerium an einer Versammlung teil, zu der der bayerische Staatspräsident, das Staatsministerium, die Leitung der bayerischen Reichsregierung, der Bischof von Mainz, Vertreter der Städte und der Landgemeinden, der Wissenschaft, der bayerischen Verbände, der Handelskammern und anderer Organisationen des bayerischen Gebietes erschienen waren. Nach einer Begrüßungsansprache des Reichspräsidenten und dem Festlegen der Reichspräsidenten und der Reichsminister Dezer die Einführung der gegenwärtigen politischen Lage und die Wünsche der Reichsregierung dar.

Die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten.
Wieder kein Ergebnis.
GA Dresden, 13. Febr. (Eig. Drab.) Die Wahl des Ministerpräsidenten ist heute ergebnislos. Da die Sozialdemokraten eine mündliche Aussprache mit den

